

Wegweiser:
Wöchentlich
für die 3. Wk.
bei den Bohankalten
(auschl. Bestellgeld)
8 Wk.
ersch. täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von H. Chr. Sammer,
Ditz.

Diezer Zeitung



(Kreis-Anzeiger.) (Bahn-Vote.) (Kreis-Zeitung.)

Preis der Einzelgen.
Die einpaltige Kleinzei-
tung kostet 30 Pf.
Wochensatz 2.00
Abgabestelle:
Diez, Rosenstraße 22.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Dohle.

verbunden mit dem „**Ämtlichen Kreisblatt**“ für den **Unterlahnkreis.**

Nr. 268

Diez, Freitag, den 21. November 1919

25. Jahrgang

Der parlamentarische Unter- suchungsausschuß

Sitzung vom 15. November.

Der Antrag zu der heutigen Sitzung war sehr stark. Staatssekretär Dr. Helfferich war wieder erschienen. Der Vorsitzende Gothein verlas bei Eröffnung der Sitzung eine Erklärung, in der darauf hingewiesen wurde, daß der Untersuchungsausschuß lediglich den Charakter einer parlamentarischen Enquete-Kommission hat und daß alle Mitglieder des Ausschusses, ebenso aber auch alle Zeugen sich in ihren Aussagen aller Werturteile zu enthalten haben.

Dr. Helfferich, der seinen Einspruch gleich zu Beginn der heutigen Sitzung bekannt geben wollte, fügte sich dem Vorschlage des Vorsitzenden, diese Erklärung zum Protokoll zu geben. Er bat, daß der Hauptausschuß dazu Stellung nehme.

V. Bethmann Hollweg kam in längerer Ausführlichkeit zu dem Schluß, daß die Geheimhaltung unserer Schritte in Washington lediglich die Förderung der Wilsonschen Forderung und die Geheimhaltung des U-Bootkriegsbeschlusses lediglich die Fernhaltung aller militärischen Schätzungen von diesem Mittel bezweckten. Trotz der Kenntnis von der Bedeutung des U-Bootkrieges gegenüber Amerika sei die parteiübergreifende Mehrheit der U-Bootkrieges geblieben, falls dieser von der Obersten Heeresleitung als nötig gehalten wurde. In diesem Tatbestand könnten namentlich diejenigen politischen Fraktionen nicht rütteln, die mit besonderem Nachdruck den Grundsatz vertraten, daß die Mehrheit der Volkvertretung ganz die Dinge zu bestimmen habe. Dem Reichsminister Dr. David gegenüber verwies Herr v. Bethmann Hollweg darauf, daß es öffentliches Geheimnis in der ganzen Welt gewesen war, daß der U-Bootkrieg den Krieg mit Amerika nach sich zöge.

Im Verlaufe der weiteren Verhandlung stellte Dr. Helfferich fest, daß keine Rede davon sein kann, daß der Reichstag hinter Nicht geführt wurde. Hat jemand davon gehört, daß das amerikanische Parlament orientiert worden ist? Der Redner stellte ferner fest, daß in einer vertraulichen Sitzung am 31. Januar auch das letzte Telegramm Bernstorffs, der auf die Kriegsgefahr mit Amerika hinwies, veröffentlicht worden sei.

Auf eine die Behauptung des Abg. Stinzelmer, es sei wiederholt offiziell erklärt worden, daß wir Garantien haben müßten, daß wir Belgien politisch, wirtschaftlich und militärisch in die Hand bekommen müßten, antwortete v. Bethmann Hollweg: Ich habe niemals erklärt, daß wir Belgien politisch, wirtschaftlich und militärisch in der Hand behalten müßten. Dieser Satz stammt von Dr. Spahn. Wenn wir erklären, Belgien müsse unabhängig wiederhergestellt werden, so hätten wir das gleiche Verlangen an den Verbündeten stellen müssen, denn ein unabhängiges Belgien, an dem Deutschland ein natürliches Interesse hat, darf auch nicht unter die Gewalt Herrschaft von England oder Frankreich geraten.

Bei der Aussprache über Wilsons Politik erklärte v. Bethmann Hollweg, daß nach seiner Meinung auch das Eintreten Amerikas in den Krieg es nicht notwendig gemacht hätte, daß wir zum Frieden von Versailles kamen. Er hob dann die bekannte Tatsache hervor, daß Wilson Deutschland nicht freundlich gesinnt war, daß ihm im eigenen Lande schwere Vorwürfe wegen Verlässen gegen die Neutralität gemacht wurden, daß Wilson wegen der Geschäftsinteressen seines Landes England gegenüber nichts machen konnte. Das deutsche Telegramm vom 30. Januar 1917, das wir den Unterseebootkrieg sofort einstellen würden, wenn Präsident Wilson uns branchbare Sicherungen an die Hand geben würde für einen annehmbaren Frieden, hat Wilson nicht einmal beantwortet. v. Bethmann Hollweg schloß seine Rede: Wo war denn die deutschfreundliche Stimmung in Amerika, von der Professor Bonn gesprochen hat? Das war die Stimmung bereits derart, daß Wilson, selbst wenn wir geantwortet hätten, daß die Unterseeboote zurückgezogen werden, aus dem Kriege gegen uns nicht hätte herabsteigen können. Ganz allgemein möchte ich dann noch sagen, daß wir alle uns doch hier sehr hüten sollten, mit diesem Verfahren die Wilsonsche Politik zu rechtfertigen. Das würde einer Haltung gleichkommen, wie sie selbst in Amerika nicht einmal überall vorhanden ist. Wir sollten an der Beurteilung der deutschen Politik denn doch etwas etwas anderen Maßstab anlegen, als es hier vielfach geschieht.

Bei der Vernehmung des Dr. Helfferich kam es wieder zu einem Zwischenfall, als dieser an zwei sich stellende Fragen des Abg. Cohn und des Ausschuhvorsitzenden Gothein erklärte: Ich werde dem Vorsitzenden auf diese Frage antworten.

Um zu die dem neuen Zwischenfall Stellung zu nehmen, trat für eine Stunde der Ausschuh sich zurück. Bei Wiedereröffnung der Verhandlung erklärte Dr. Helfferich auf eine Frage des Vorsitzenden: Eine Zeugnisverweigerung habe ich nicht. Ich bin bereit, Auskunft zu geben. Ich habe aber mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß es hier nicht um eine grundsätzliche und endgültige Stellungnahme handelt. Die Gründe, weshalb ich dem Abgeord-

neten Dr. Cohn nicht Rede und Antwort stehe, habe ich am Samstag dargelegt und in meinem Einspruch nochmals unterstrichen.

Vorsitzender Gothein: Der Ausschuh hat beschlossen, den Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich in die höchstzulässige Geldstrafe von 300 Mark zu nehmen. Das Stimmentverhältnis bei dieser Abstimmung war wiederum vier gegen zwei, bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Dr. Cohn. (Dr. Helfferich bittet ums Wort.) Eine Auseinandersetzung darüber gibt es nicht. Sie haben das Einspruchsrecht.

Dr. Helfferich: Eine zweimalige Verurteilung zur höchsten Geldstrafe wegen Zeugnisverweigerung ist nach meiner Meinung nicht zulässig.

Vorsitzender Gothein: Wir können uns darüber nicht in eine Diskussion einlassen.

Dr. Helfferich: Ich erhebe Widerspruch.

Bei der Vernehmung der Wirksamkeit des U-Bootkrieges erklärte Dr. Helfferich auf verschiedene Fragen u. a.: Es handelt sich um eine Denkschrift des Admiralsstabes, mit der ich nicht identifiziert werden kann. Wenn ich die Sicherheit gehabt hätte, daß England bis zum 1. August niedergezungen sein würde, denn wäre ich ja ein Idiot gewesen, wenn ich nicht mit allen Mitteln für den Unterseebootkrieg eingetreten wäre. Ich hatte die schwache Hoffnung, daß dies gelingen könnte, aber die Sicherheit hatte ich nicht. Der Unterseebootkrieg hätte gewirkt, wenn er nicht von innen herausparalysiert worden wäre. Die Wirkung des Unterseebootkrieges war so stark, daß nach einigen Monaten ganz bestimmte Symptome einer Friedensgeneigntheit bei den Feinden vorhanden waren. Die militärisch-politische Wirkung reifte heran, als sie von Deutschland aus gerührt wurde.

v. Bethmann Hollweg wies darauf hin, daß der Admiralsstab bei seinem Beschlusse nicht davon gesprochen habe, England auf die Knie zu zwingen, er habe in der Denkschrift vom 21. Januar lediglich die Garantie übernommen, daß England friedensbereit werden sollte. Ich für meine Person, fährt Bethmann Hollweg fort, habe weder am 9. noch sonst erwartet, daß wir durch den U-Bootkrieg England zum Frieden zwingen würden. Ich bin nicht enttäuscht gewesen, daß dieses Resultat ausblieb. Als Beleg, was der U-Bootkrieg uns leisten konnte, habe ich angenommen, daß in England der Gedanke daran hervorgerufen würde, ob einem fortgesetzten Vorkriegsstand nicht die Verständigung über den Frieden vorzuziehen wäre, auf den sich England und seine Verbündeten einlassen könnten.

Auf den Hinweis des Prof. Schilling, daß man in Oesterreich-Ungarn zuerst gegen den U-Bootkrieg gewesen sei und erst nachgegeben habe, als Hindenburg erklärte, England werde jedenfalls zum Frieden gezwungen werden, erklärte Staatssekretär Zimmermann, daß Hindenburg warm für den U-Bootkrieg eingetreten sei, und betont habe: Wir werden England so weit bekommen, daß es auf den Frieden eingeht. Noch lebhafter als von Hindenburg trat Admiral Haug für den U-Bootkrieg ein. Auch General Conrad von Hörsing war für den U-Bootkrieg, während Graf Tisza Bedenken äußerte.

Damit war die Vernehmung des Staatssekretärs a. D. Dr. Helfferich beendet.

Sitzung vom 18. November.

Um 10^{1/2} Uhr betraten Hindenburg und Ludendorff den schon lange vor Beginn der Sitzung dichtgefüllten Saal. Auf dem Zeugentisch vor Hindenburgs Platz lag ein Strauß weißer Christantemen mit schwarz-weiß-rotem Band. Auf die Begrüßung des Vorsitzenden Gothein erwiderte der Generalfeldmarschall, daß es ihm ein Bedürfnis gewesen sei, an der Seite seiner Kampfgesossen in schwerer und großer Zeit hier zu erscheinen. Hieraus leistete Hindenburg den vorgeschriebenen Eid mit dem religiösen Zusatz.

General Ludendorff, der wie Hindenburg den Eid mit dem religiösen Zusatz leistete, verlas zuvor eine gemeinsame Erklärung, wonach Hindenburg und er sich zur Eides- und Ausjagelistung lediglich auf der Erziehung heraus entschlossen haben, daß nach einem 14-jährigen Krieg ein starkes Volk, wie das deutsche ein Recht darauf hat, zu hören, wie sich die Tatsachen verhalten und ohne Partei Leidenschaft an der Front und in der Heimat abgepielt haben. Nur an der Wahrheit kann das Volk wieder gefunden. Bezüglich der Verfassungsmäßigkeit des Untersuchungsausschusses schließen sich die beiden Heerführer den gestern vom Staatssekretär Helfferich in seiner Erklärung niedergelegten Vorbehalten an.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg fährt sodann aus: Das zahlenmäßige Verhältnis der Truppenkraft an Menschen, Maschinen, Munition und anderen Hilfsmitteln war für uns, und zwar von Anfang an so ungünstig wie möglich. Getragen von der Liebe zum Vaterland kannten wir nur ein Ziel: das Deutsche Reich und das deutsche Volk, soweit menschliche Kräfte und militärische Mittel es vermochten, vor Schaden zu bewahren und militärischerseits einem guten Frieden entgegenzuführen. Dazu mußten wir den unerschütterlichen Willen zum Siege haben, der uns nicht gebunden war an den Glauben unseres guten Rechts. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte Generalfeldmarschall v. Hindenburg: Unsere Friedenspolitik hat versagt. Woran es gelegen hat, möge die Geschichte entscheiden. Ich weiß nur das eine mit absoluter Gewiß-

heit: Das deutsche Volk wollte den Krieg nicht, der deutsche Kaiser wollte ihn nicht, die Regierung wollte ihn nicht, der Generalstab wollte ihn erst recht nicht, denn er erkannte besser die unendlich schwierige Lage Deutschlands in einem Krieg gegen die Entente. Wenn die militärischen Zentralbehörden Vorbereitungen für die Möglichkeit eines etwa unvermeidlichen Krieges getroffen hätten, so war dies nur ihre Pflicht gegenüber dem Volke. Wir sahen es als unsere vornehmste Aufgabe an, den Krieg mit militärischen Mitteln so schnell wie möglich und so günstig wie möglich zu beendigen. Uns verließ das Gefühl, daß wir einem Uebergewicht der Feinde an lebendem und totem Kriegsmaterial gegenüberstanden, nicht eine Stunde. Wir wußten, was wir von unserer Heere zu fordern hatten, und wir wissen, was es geleistet hat. Wenn ein geschlossenes und einheitliches Zusammenwirken von Heer und Heimat möglich gewesen wäre, dann hätten wir das Mittel zum Siege gehabt. Während sich aber beim Feinde trotz seiner Ueberlegenheit alle Parteien und alle Schichten der Bevölkerung immer fester in dem Willen zum Siege zusammenschlossen, und zwar um so mehr, je schwieriger die Lage wurde, machten sich bei uns, obwohl wir zahlenmäßig unterlegen waren, politische Interessen im Innern geltend. Diese Zustände führten zu einer Schwächung des Siegeswillens.

Auf wiederholte Unterbrechungen des Vorsitzenden, Worturteile zu unterlassen, sagte Hindenburg: Die Geschichte wird über das, was ich hier nicht weiter ausführen darf, das endgültige Urteil fällen. Zu jener Zeit hat noch der Wille zum Siege geherrscht. Als wir unser Amt übernahmen, suchten wir bei den Parteien Kraft und Mitarbeit, fanden aber Versagen und Schwäche. Seit dieser Zeit setzte auch die Zerfetzung von Heer und Flotte ein. Die Wirkungen dieser Bestrebungen waren der Obersten Heeresleitung während der letzten Kriegsjahre nicht verborgen geblieben. Die braven Truppen, die sich von der revolutionären Stimmung fern hielten, hatten unter der Einwirkung der revolutionären Kameraden sehr zu leiden. Von nun an unterstützt der Vorsitzende jede Unterbrechung in den Ausführungen des Feldmarschalls. Hindenburg fährt fort: Unsere Forderung, strenge Zucht und zähe Handhabung der Gesetze durchzuführen, wurde nicht erfüllt. So mußten unsere Operationen mangeln, so mußte der Zusammenbruch kommen. Die Revolution bildete nur den Schlußstein. Wo die Schuld liegt, bedarf keines Beweises. Im übrigen erkläre ich, daß General Ludendorff und ich bei allen großen Entscheidungen der gleichen Auffassung gewesen sind und in voller Uebereinstimmung seit dem 29. August 1916 gearbeitet haben. Auf die Frage, von welchem Zeitpunkt an und aus welchen Gründen die Oberste Heeresleitung die Erklärung des unliebsamsten U-Bootkrieges am 1. Februar 1917 für unausschießbar hielt, erklärt Hindenburg u. a.: Wir hielten den unliebsamsten U-Bootkrieg schon bei unserem Eintritt in die Oberste Heeresleitung für geboten. Schon Anfang 1916 durften wir nicht zulassen, daß unsere braven Soldaten mit amerikanischer Munition getroffen und in der Heimat durch die Blockade Weib und Kinder hungern sollten. Da war der U-Bootkrieg das einzige Mittel, dem entgegenzutreten. Die näheren Ausführungen darüber wird General Ludendorff machen.

General Ludendorff: Als Generalfeldmarschall v. Hindenburg und ich in die Oberste Heeresleitung eintraten, war die Lage sehr ernst. Wir standen an der Front den Feinden gegenüber wie 1 zu 6. Die ungenügende Materialausstattung und die zu geringe Munitionsausstattung bedeuteten mit klaren, bürren Worten die schwersten Verluste an Menschenleben und Werten. Für den Generalfeldmarschall und mich war bei der Stellungnahme für den U-Bootkrieg und damit gegen den Chef des Admiralsstabs lediglich der Grund maßgebend gewesen, daß der Reichskanzler ein feindseliges Verhalten Dänemarks und Hollands unter dem Druck Englands in den Kreis seiner Berechnungen zog, und weil wir keinen Mann übrig hatten, um die Grenze zu schützen. Als wir die Oberste Heeresleitung übernahmen, waren es wohl nur wenige, die den Sieg der deutschen Waffen aus Furcht vor der jng. Reaktion und dem verurteilten Militarismus für unerwünscht hielten, aber es waren leider solche vorhanden. Alle Maßnahmen, das Hindenburg-Programm, das Hilfsdienstgesetz und schließlich der Aufklärungsdienst und die Aufnahme einer starken Propaganda gegen den Feind bezweckten nur, den Kampf für das deutsche Volk so schnell und so gut wie möglich zu beenden. Als im September 1916 der Reichskanzler an uns mit dem Gedanken einer Friedensvermittlung durch Wilson herantrat, stimmten wir zu. Mit Spannung, aber auch mit Skepsis warteten wir, ob Wilson wirklich den Frieden vermitteln würde. Als nichts kam, waren wir nicht überrascht. Als der Reichskanzler dann das Friedensangebot der Mittelmächte machte, machten wir gleichfalls loyal mit, um so lieber, als wir den Willen des obersten Kriegsherrn kannten, seinem Volk den Frieden zu geben und dem Heer einen neuen Winterfeldzug zu ersparen. Unsere Lage zu Anfang Dezember 1916 war trotz unserer glänzenden Erfolge in Rumänien und der heroischen Leistungen an allen Fronten sehr ernst. Der Kräfteverbrauch war groß. Dann kam die Ueberlegenheit der Feinde an Material. Das schlimmste war die physische Anspannung der Truppe. Der

**Zeichne mit 500 Mark bar
und 500 Mark Kriegsanleihe
1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe**

Geist an der Front war ungebrochen. Immerhin war die Lage so, daß wir zu Lande allein auf einen Sieg nicht rechnen konnten. Wir konnten günstigfalls hoffen, in der Verteidigung den feindlichen Siegeswillen zu lähmen. Wir konnten uns sagen, wir können die Feinde nicht zur Friedensbereitschaft zwingen und wir müssen, um unser Ziel zu erreichen, den Krieg so schnell und so gut wie möglich beenden und etwas tun, wenn unser Friedensangebot keinen Erfolg haben sollte. Am 12. Dezember ging unser Friedensangebot in die Welt. Betonen muß ich, daß wir dauernd in voller Übereinstimmung mit der Reichsregierung gestanden haben, deren Politik nach Pflicht und Gewissen wir nach außen unterstützten.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hat seine Tätigkeit am Dienstag vorzeitig abgebrochen. Infolge der Weigerung des Generalschefs v. Emdenburg, nach dem Wunsche des Ausschusses nachmittags weiter vernommen zu werden, sah sich der Vorsitzende veranlaßt, mittags die Sitzung auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Neuere Störungen unterblieben. Die außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen der Regierung, unterstützt durch Schneetreiben und Verkehrsschwierigkeiten, haben genügt, die Erregten in beiden Lagern zurückzuhalten.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 17. November.

Die Anfrage der Sozialdemokraten betr. die geistige Durchdringung der besetzten westlichen Gebiete im französischen Sinne beantwortet die Regierung morgen.

Die zweite Beratung des Haushalts der preussischen Regierung wird fortgesetzt.

Abg. K. Loß (Zentr.): Der Abg. Graef hat mit seiner Kritik den Boden der Sachlichkeit verlassen. Es war eine grob angelegte Agitationsrede. Die Mehrheitsparteien haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengesetzt, nicht zu einer Gesinnungsgemeinschaft. Wir haben uns die volle Bestimmungs- und Entschlußfreiheit vorbehalten und auch erreicht. Wir haben die Not des Volkes über die Parteieninteressen gestellt. Die Sicherung des Wirtschaftslebens bedarf nach wie vor noch erhöhten Schutzes. Eine weitere dankbare Aufgabe ist der Schutz und die Stärkung des Deutschtums in den besetzten Gebieten. Reichs- und Staatsregierung müssen zusammenarbeiten, um den Aufgaben der Zukunft zu genügen.

Abg. Dominicus (Dem.): Mit den Äußerungen des Ministerpräsidenten sind wir einverstanden. Es ist nicht angebracht, die Berechnung für General von Hindenburg künstlich auf gewisse Teile der Bevölkerung konzentrieren zu wollen. Mit Eitel erfüllt mich die Art, wie antijewische Hetze betrieben wird. Mit der finanziellen Wirtschaft kann es nicht so weiter gehen, wie bisher. Die elchthringischen Beamten, die vom Reich nicht untergebracht werden können, müssen in preussische Dienste übernommen werden. Dem Eisenbahnminister Dejer sagen wir besonderen Dank für die Hingebung, mit der er sich seinem Amte widmet.

Abg. Ludwig (U. E.): Wir beurteilen das Vorgehen Hörsings in Oberschlesien; er hat dem deutschen Gedanken schwer geschadet. Den schnoddrigen Ton, den der Minister gegen uns anschlägt, verbitten wir uns. Die Landesregierung gibt nicht mehr die Stimmung des Volkes wieder. Wir fordern Neuwahlen.

Minister Dr. Südekum: Amerika hat es abgelehnt, an einer Konferenz teilzunehmen, in der die Sowjetregierung vertreten ist. Die Räterepublik würde namenloses Elend über unser Land bringen. Die Redemühlen im Parlament sollten etwas weniger im Betrieb gehalten werden. Noch kurz vor Weihnachten ist der Staatshaushalt noch nicht durchberaten.

Abg. Leidig (Dtsch. Sp.): Es wäre erwünscht, wenn einer der bürgerlichen Minister Bescheid gebe über ihre Stellung in der Koalitionsregierung. (Zuruf links: Es ist ja keiner hier.) Gegen den Ton, den der Minister seine hier angehängen hat, legen wir entschieden Verwahrung ein.

Abg. Dr. Hörsch (D. Natl.): Es muß etwas geschehen, um Sympathie, das jetzt räumlich von unserem Staate getrennt wird, uns nicht zu entfremden. Ein feiner Plan des Wiederaufbaues fehlt der Regierung. Gegenüber dem Abg. Hellmann halte ich es durchaus aufrecht, daß das

deutsche Volk durch die Revolution wehrlos gemacht worden ist. (Lärm links.) An eine Gegenrevolution denkt niemand. (Widerspruch links.) Die Geschichte aber erweist es, daß für unser Volk nur die monarchistische Staatsform paßt. Die finanzielle Miswirtschaft, die die Revolution erzeugt hat, machen wir nicht mit. Der Antijewismus ist jetzt eine grobnationale Bewegung geworden. Die Erlösung der Ostländer wünschen wir nicht auf Kosten unseres Volkes. Wir erwarten von der Regierung, daß sie die Grenzen gegen ihre Einwanderung schließt. Der Kommunismus bedeutet die Selbstvernichtung der Arbeiterschaft. Wir müssen die Spaltung in unserer Nation überwinden. Dies können wir nicht durch den internationalen Sozialismus, sondern durch das Streben nach einer starken deutschen Wehrmacht. (Lebhafter Beifall.)

Dienstag 10 Uhr Fortsetzung. Vorher Anfragen.

Der Friedensvertrag in Amerika gefallen.

Der Amsterdamer Telegraph meldet aus London, daß laut einer dort vorliegenden Meldung der Senat bereits über die Ratifizierungsvorschläge samt Vorbehalten abgestimmt hat. Die Vorlage erhielt 55 gegen 39 Stimmen. Da die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit nicht erreicht worden ist, ist also die Ratifikation samt Vorbehalten unmöglich geworden.

Da der Senat 96 Mitglieder besitzt, von denen 94 ihre Stimme abgaben, so liegt eine vollwertige Meinungsäußerung vor. Wie die Vereinigten Staaten nun den Kriegszustand für beendet erklären werden, ist noch nicht bekannt. Es ist möglich, daß dies durch eine einfache Erklärung des Kongresses geschieht.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Massenkundgebungen zugunsten unserer Kriegsgefangenen fanden unter Beteiligung aller Schichten der Groß-Berliner Bevölkerung in zahlreichen Versammlungen heute statt. Sie waren veranstaltet vom Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, von der Reichsbereinigung ehemaliger Kriegsgefangenen und vom Bunde deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen. Bekannte Redner aller Parteien sprachen in den größten Sälen der Stadt, die trotz der Schneedeckungen des heutigen Tages bis auf den letzten Platz gefüllt waren. Zu bewegten Szenen kam es vielfach bei den Schilderungen von Heimkehrten. In der einstimmig angenommenen Entschlußfassung heißt es: „Wollet der Erde! Der Oberste hat das Infanterieregiment Friedensverträge für die Freilassung der Gefangenen vordatiert. England, Amerika, Italien, Belgien haben unsere Gefangenen heraus. Unter denjenigen, die noch draußen schmachten, befinden sich über 400 000 in französischer Hand. Der Zusammentritt einer Kommission ist vom Obersten Rat am 20. Mai versprochen worden. Dieses Versprechen ist nicht erfüllt worden. Jodoff Monate nach dem Waffenstillstand hatten die deutschen Gefangenen in Frankreich vergebens der Festsetzung ihrer Heimkehr. Ein Winter soll Tausenden der Gefangenen und ihren Angehörigen seelischen und körperlichen Zusammenbruch und den Tod bringen. In der französischen Presse wird teilweise offen die Zurückhaltung der Gefangenen verlangt als Pfand für die Erfüllung des Friedensvertrags. Die französische Regierung schweigt dazu. Das deutsche Volk fordert die gesamte Menschheit auf, ihr Urteil zu fällen, ob wehrlose Gefangene wider alles Völkerrecht und Menschenrecht als Schacher- und Handelsobjekte zurückgehalten werden dürfen. Alle Völker fordern wir auf, einzustimmen in die Forderung: Sofortige Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen!“

Der Reise der Kriegsblinden. Der Begleiter einer erblindeten Kriegsteilnehmerin wird bei allen Reisen des Blinden frei befördert, wenn er lediglich zum Zwecke der Begleitung mitreist. Ebenso wird der Führerhund frei befördert, wenn der Blinde nicht in Begleitung einer Person reist. Um diese Vergünstigung zu erlangen, müssen besonders im Tarif vorgeschriebene Ausweise beigebracht werden, die auf Antrag des Blinden gleich für ein Kalenderjahr von der Eisenbahnverwaltung ausgestellt werden, in deren Bezirk der Blinde wohnt.

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

Der Zusammenbruch der Nordwestfront scheint nach allen vorliegenden Meldungen vollendet zu sein. General Judentich muß sich weiter auf Ostland zurück-

ziehen und dabei droht die estländische Regierung, daß sie Truppen nicht in ihrem Gebiete überwintern lassen würde. Sie entworfen werde, sobald sie die estländischen Grenzen überschreiten. Oberst Bemordt hat bei den Kämpfen eine Niederlage erlitten. Unter seinen Truppen soll eine Wirrung eingetreten sein, die von ihm gestützte nordwestliche Regierung ist aufgelöst worden. Nach einer Meldung „Times“ aus Helsingfors hat General Judentich sein Kommando an General Laiboner, Oberkommandant der finnischen Armee, abgegeben. Diese Entscheidung wurde gefällt, um die Nierung der russischen Truppen für den Fall, daß sie nach übergeben zu verhindern.

Die Lage der deutschen Truppen. Meldung aus Königsberg begründete der Befehlshaber der 1. Armee General von Berthold, daß er die militärische Lage für unhaltbar habe, weil die Letzten ein Bündnis mit den Bolschewisten und mit harten Kräften gegen Mitau vorgingen. Meldungen zufolge habe die deutsche Reichsregierung 1. Verschieben von Lazarettzügen, vorausgesetzt, daß die deutschen Verbände ohne jede Bedingung sich den Befehlen des Generals von Gierharot fügen, 2. Verschieben von Frachtlagen für einwandfrei auf dem Rückmarsch befindliche deutsche Truppen, soweit es zur Durchführung des Rückmarsches unbedingt erforderlich ist. Es wird angestrebt, die einrückenden Truppentransporte und Flüchtlingstransporte irgend möglich nach dem Innern Deutschlands zu verlagern.

Die besetzten Gebiete.

Die neue Saarländische Regierung soll nach der Volkszählung in nicht allzu ferner Zeit zur Einführung kommen. Mit der Einführung des neuen Geldes soll in spätestens 14 Monaten zu rechnen sein. Die Wahl der Münzarten soll auf den Saarfranken gefallen sein. Das Wahlrecht soll weiter mit, daß die Kommunalwahlen im Saarland spätestens in zwei Monaten stattfinden können. Die Einführung des Saarländischen soll nach Pariser Meldungen dahin beendigt sein.

Das Tragen des Eisernen Kreuzes. Köln. Jtg. wird aus Jülich berichtet: Der Oberkommandant des Kreises Jülich erklärt folgende Auszeichnung: Die französische Armee ehrt alle, die dem Schlachtfeld tapfer gezeigt haben. Infolgedessen werden die 153. Brigade befehlighende General der Division der ihm unterstellten Kreise auf, nicht davon abgesehen, Ordnen, die sie im Verlauf des letzten Krieges erhalten haben, insbesondere das Eiserne Kreuz, zu tragen. Sie können öffentlichen Feiern, wie Hochzeiten, Beiräufnissen usw. nur die Ordensbänder, sondern ebenso das ganze Kreuz tragen. Die französischen Truppen sind hieron in Kenntnis gesetzt.

Einfuhrverbot von zwei Frankfurter Zeitungen.

F. Gemäß einer Entscheidung vom 11. November hat der General, Oberbefehlshaber der Rheinarmee, die Einfuhr der „Volksstimme“ von Frankfurt und der „Frankfurter Zeitung“ während drei Monaten verboten.

Die Volksstimme hat am 3. November einen Artikel gegen die französische Armee veröffentlicht. Der Artikel war in so niedrig beleidigenden Ausdrücken verfaßt, mit solcher Grobheit geschrieben, daß jeder vernünftige und erzogene Mensch darüber entrüstet sein mußte.

Was die Frankfurter Zeitung angeht, so läßt sie jeden Tag die Absichten der französischen Behörden bezeichnen, die ohne sich um die Wahrheit zu bekümmern, den einseitigen, offenkundigen Zweck haben, mit einem unannehmbaren Vorurteil und Unehrlichkeit die Bevölkerung gegen die französischen Truppen aufzuregen.

Schweizland.

Die neue Reichsbanknoten. Wie die Reichsbank mitteilt, werden in der nächsten Zeit neue Reichsbanknoten zu 50 Mark ausgegeben werden. Die neue Banknote ist weißem Papier gedruckt, das einen braunen Farbton enthält. Die Größe beträgt 102 zu 153 Millimeter. Die Banknoten werden mehrere Reihen ausgegeben. Die Einheitsreihen kommen jedoch ausschließlich Scheine im Ausdrück Reihe 1 in den Verkehr.

Die Teilung Hessen-Rassaus. Eine Anfrage des Landtagsabg. Thöne-Kassel wegen der

Marianne.

Novelle von Fritz Ganger.

37

Nachdruck verboten.

Freilich, für ihn war sie trotz der räumlichen Nähe unerreichbarer denn je. Ihre Ehe, das Verbundensein mit einem anderen Mann, der sie zwar treulos verlassen, der aber dennoch ihr Gatte war, schuf eine weite, trennende Kluft, die wohl nie überbrückt werden würde.

Da kam in der ersten Zeit das alte Aufbegehren zu Martin Jakobsen und forderte mit wilder Leidenschaft die Erfüllung einer heißen Sehnsucht. Dann rang er jedesmal bitter und ernst wie in der Nacht vor dem Scheiden Mariannens aus Freilingshausen und glaubte schier unterliegen zu müssen.

Aber endlich, endlich, nach langen Monden, gewann er die schon einmal erkaufte Ruhe zurück und vermochte es, seiner Liebe wunschlos zu gedenken.

Marianne kannte sie längst.

Jenes „Du“, das einst am Ufer der rauschenden Isar unbewußt über Jakobsens Lippen geschlüpft war, und dessen er sich später nie zu erinnern vermochte, hatte ihn seine Liebe gestanden.

Und trotz aller treuen, innigen Dankbarkeit, die Marianne für Martin Jakobsen als ihren Retter in dunkler Stunde und Helfer zu einem neuen Leben hegte, schuf das Bewußtsein, von ihm geliebt zu werden, in ihrem Verkehr miteinander eine tiefe Kluft.

Und das war eine ängstliche Scheu.

Beide wußten, daß etwas Geheimnisvolles zwischen ihnen stand, dem sie nicht Namen zu geben vermochten. Mariannens Empfinden war von dieser Scheu eingehüllt wie von einem undurchsichtigen Schleier. Es schlummerte in ihrer Seele wie Veilchennospen unter dem letzten Märzschnee.

Und wenn der Schwand, dann mußte es blühen und jauchzen wie Frühlingsglück hinter schimmernden Hecken.

10. Kapitel.

Des Winters Eis schmolz im linden, lauen März-

wachende Erde, wenn der lustige Venz mit den er...

Kindern seines Schaffens koste.

Die weiche, warme Luft hatte Marianne schon am frühen Nachmittag zu einem Spaziergange hinausgelockt. Stundenlang war sie umhergestreift. Am Wiesenbuche hatte sie sich über die großen, runden Blätter des Hufschlammes gestreut und hatte nach den ersten Knospen der Sumpfdotterblume Ausschau gehalten. Dann war sie am Rande eines Erlenbruches vorübergekommen, wo blühende Haselnußsträucher in Mengen standen. Sie hatte lachenden Auges viele Zweige gebrochen, um ihr Zimmer mit einem ersten Frühlingsstrauch zu schmücken.

Nun befand sie sich auf dem Heimwege und war nicht mehr fern von der Stadt. Trotz des weiten Weges, den sie schon zurückgelegt hatte, schritt sie noch frisch und elastisch aus und sah mit hellen Augen in die frühlingsahnende Welt. Noch war die Landschaft mäßig grau. Aber die jauchzenden Lerchen, die hoch über den schwarzen Ackerstreifen standen, und die Zweige des Frühlings in ihrer Hand waren gute und sichere Kinder des nicht mehr fern endlosen Werdens.

Eben erreichte die rüstig aussehende Wanderin die letzte Anhöhe vor der Stadt. Stehendbleibend hielt sie kurze Paß und weidete ihr Auge an dem friedvollen, lieblichen Bilde, das die vom Glanz der Märzsonne überglommene kleine Stadt zu ihren Füßen bot.

Unwillkürlich erinnerte sie sich jenes Tages, an welchem sie von diesem Hügel aus Freilingshausen zum ersten Male gesehen hatte. Hier war es gewesen, wo Leberecht Jensen gesagt hatte: „Und dort siehst du unsere liebe, alte Gertraudtenkirche, Marianne.“

Sinnend schaute sie nach dem massigen, alten Bau mit seinem schlanken, lähn aufsteigenden Turm hinüber und nickte dem Gotteshaus frohlich lächelnd zu.

Es war so recht ein Marktstein in der Geschichte ihres Lebens geworden. Damals, beim ersten Sehen, hatte nichts weiter in ihrem Gesicht gestanden, als ein spöttisches Lächeln über diese alte, liebe Gertraudtenkirche. Und als man sie später zwang, in ihrem Raum den Gottesdienst zu besuchen, war sie mit Widerwillen und bitterem Grimm gegangen. Bis dann... Hans Koerbers Schaffen ihrem grauen, düsteren Leben ein freudvolles Licht schenkte und sie die Stunde, in der sie wieder nach

erstanden doch immer wieder mit alter Klarheit an Seele. Aber es war nicht die Sehnsucht, die alle in die Erinnerung zurückrief. Denn das endliche, das jene Stunden in St. Gertraudten geboren sein mußte. Mit ihnen war das Glück des Lebens gekommen, ein Glück, das sie bis in die Tiefen menschlicher Irrungen hinabgeführt hatte.

Und dann noch einmal St. Gertraudten!

Am Weihnachtsabend vor nun schon über langen Jahr. Jener Stunde konnte sie nur dankbar denken. Mit ihr war das neue Leben erstanden und recht, wahres Glück, das sie fröhlich und gläubig gemacht hatte. Und auch stille und geben bereit.

„Meine liebe Heimat“, sagte sie leise, als sie die Höhe hinabschritt. „Und ihr guten Menschen, die hier zu diesem Heimatglück geholfen habt!“

Und da dachte sie auch an Martin Jakobsen.

Und an ihn nicht zuletzt.

Nun war sie schon in der Stadt, nicht mehr fern der Kirche... Auf dem Kreuz des Turmes lustig und hell pfeifendes Starenpaar. Der Jubel der kleinen Vögel veranlaßte sie, stehen zu bleiben und zu den gesiedelten Lenzesboten hinauszuschauen.

Und als sie noch so stand und dem zärtlichen vom Neibau erzählenden Pfeifen des Pärchens Augen lauschte, vernahm ihr Ohr plötzlich einen und hastig näherkommenden Schritt.

Ihre Blicke gingen wie unter einem Zwang dem lieblichen Frühlingsidyll in schwindelnder Höhe zu dem Menschen, der schon dicht vor ihr stand.

Und da sah sie Martin Jakobsen... Seine Aufgeregtheit, die sich in dem Ausdruck des Gesichts spiegelte, die Hast seiner Bewegungen beruhigten sie.

Ehe sie zu einer Frage nach dem Grunde sonderbaren Wesens kam, redete er schon.

„Gott sei Dank, Frau Marianne, daß Sie kommen! Ich warte schon eine ganze Stunde auf Sie. Ich wollte Ihnen eben entgegengehen, zu bitten, Ihre Heimkehr zu beschleunigen... nur gut, daß Sie da sind... Und nun...“

Rassau in die Provinzen Hessen und Nassau hat das Reichsministerium geantwortet, daß die Zeitungsberichte, wonach die Regierung einer Neuverteilung der Provinz Hessen-Nassau zugestimmt habe, jeder Grundlage entbehren.

Abg. Groeber. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion in der Nationalversammlung, Abg. Groeber, wurde während einer Besprechung mit Geheimrat Jungheim, die beim Reichstage, von einem Schlaganfall betroffen ist gestorben. Adolf Groeber wurde am 14. Februar 1877 in Niedlingen (Württemberg) geboren, studierte die Rechte in Tübingen, Leipzig, Straßburg in den Jahren 1897-77 und trat dann in den Justizdienst seiner Heimat. Er wurde 1887 für den Wahlkreis 15, Württemberg; 1891 in Ebingen-Laugheim in den Reichstag gewählt. Er war er vor allem ein Wortführer seiner Partei in rechtlichen und kirchenpolitischen Fragen. Mit besonderem Nachdruck nahm er sich des Kampfes gegen die Unfälligkeit an. Nach der Revolution wurde er als Abgeordneter in die Nationalversammlung gewählt.

Die deutschen Forderungen an die Türkei in Höhe von 18,25 Milliarden Mark wurden nach einer Erklärung des Echo de Paris zugunsten der Schadenersatzforderung der Alliierten an Deutschland bei der türkischen Regierung voll in die Erbschuldung treten. Zur Feststellung der Forderungen waren Sachleute aus dem Betriebe für die erste Berechnung beschlagnahmt.

Elfaß-Lothringen.

Freigabe der deutschen Möbel? Die französische Regierung will das deutsche Privatmobilienvermögen im Elfaß-Lothringen freigegeben, wenn die deutsche Regierung 10 Millionen Franken, zahlbar in drei Raten und innerhalb sechs Monaten, zur Verfügung stellt zwecks Entschädigung der Elfaß-Lothringer, die während des Krieges wegen ihrer politischen Haltung und Gesinnung verhaftet, interniert oder verurteilt wurden.

Die Kammerwahlen. Das Gesamtergebnis der Kammerwahlen in Lothringen ist folgendes: Es erhielten die Republikanische Volkspartei 490 688, die Sozialistische Partei 213 680, die Republikanische Ligue- oder Regierpartei 52 591 Stimmen; mithin sind die acht Kandidaten der Republikanischen Volkspartei gewählt. Unter anderem sind gewählt: Dr. Charles Francois, ferner der Direktor der Lothringer Volkstimme Dr. Gadpfil, General Landhuys und Guy de Wendel. Auch im Unterelfaß und Oberelfaß siegten die Kandidaten der demokratisch-merikanischen Kompromißliste mit absoluter Mehrheit.

Frankreich.

Die Kammerwahlen. Obwohl die Wahlergebnisse noch unvollständig bekannt sind, drückt sich das Gesamtbild bereits deutlich aus. Der Erfolg der Politik Clemenceaus sieht fest, dessen Anhänger fast überall Boden gewinnen, während die Oppositionsführer der radikalen Parteien wie Renaudel in Loulou und Franklin Bouillon und Schneider in Bordeaux geschlagen sind. Die Sozialisten verlieren viele Sitze, besonders in den Nachbargebieten der Front, in Elfaß und Lothringen, wo sie wahrscheinlich alle Sitze verlieren werden. In Paris, in Amiens und in der Gegend von Bes de Calais, wo sie gleichfalls alle Sitze verlieren. Albert Thomas (Rechtssozialist) ist gewählt. Die alte Longuet ist ausgesprochen in der Minderheit, doch sieht diesbezüglich noch nicht Bestimmtes fest. Die einzige Hoffnung, wo die Sozialisten anscheinend Boden zu gewinnen können, ist das Departement du Nord.

Die Wahlen. Bis Mitternacht des 18. Nov. ergeben die Kammerwahlen folgendes Bild: Linksrepublikaner bisher 49, neu 68, zusammen 117, Radikale bisher 22, neu 30, zusammen 52, Unifizierte Sozialisten bisher 31, neu 22, zusammen 53, Republikanische Sozialisten bisher 39, neu 32, zusammen 71, dissidente Sozialisten bisher 5, neu 1, zusammen 6, Republikanische Progressiven bisher 32, neu 22, zusammen 54, Action Liberale bisher 15, neu 58, zusammen 73, Konserervative bisher 12, neu 19, zusammen 31.

Belgien.

Bei den Neuwahlen haben nach einer Habas-Bildung die Sozialdemokraten einen glänzenden Erfolg davongetragen und viele Sitze und Stimmen im ganzen Reiche gewonnen. In offiziellen Kreisen wird behauptet, daß die Katholiken am gestrigen Wahlsonntag etwa 21 Sitze und die Liberalen 7 oder 8 an die Sozialdemokraten abgegeben haben. Die Zahl der Sitze der Katholiken würde demnach von 99 auf 34 sinken. Immerhin wird die Rechte die bedeutendste Gruppe des Parlaments bleiben. Besonders große Gewinne konnten die Sozialisten in Lüttich machen. Der Niedgang der katholischen Stimmenzahl zusammen der sozialistischen Partei tritt besonders in Flandern in Erscheinung. Auch die Liberalen verlieren in Flandern einige Sitze, die sie aber in mehreren Wahlkreisen wieder auszuholen hoffen. Nach den letzten Mutmaßungen würden die Sozialisten 23 Sitze gewinnen. Telegrafisch meldet aus Brüssel: Die Zusammensetzung der belgischen Kammer nach in der Hauptsache wahrscheinlich folgende sein: 79 bis 80 Katholiken, 65 bis 67 Sozialisten und 37 bis 38 Liberale. Die Katholiken haben damit ihre frühere Mehrheit verloren.

Berkehr.

Das Einklopalet. Die Nationalversammlung hat bekanntlich bei Beratung des neuen Postgebührengesetzes die Einführung des Einklopaletes zum 1. Januar 1920 beantragt. Der Entwurf stand bis dahin entgegen der drohenden Finanzkrise als Postgebühren, der sich auf Millionen belaufen wird, und der Raumangel in den Bahnhöfen. Dieser den Finanzkrise muß die Postverwaltung hinwegjagen suchen, zumal sie damit zu rechnen hat, daß demnächst ein Teil dieses Verlustes mit der Zeit ausgeglichen werden wird durch die Zunahme der bis ein kilo betragenden Sendungen, wenn diese zu einer mäßigeren Gebühr abgerechnet werden als der jetzigen. Der Raumangel in den Bahnhöfen ist aber jetzt schlimmer als vor dem Kriege, da die Hälfte der Eisenbahnzüge und damit auch der Postzüge ausgefallen ist, ganz abgesehen davon, daß vom 5. bis 15. November überhaupt keine Schnell- und Personenzüge mehr gefahren werden und daß mit gewissen Einschränkungen im bisherigen Fahrplan dieser Züge gerechnet werden muß. Trotzdem sind, wie uns gemeldet wird, die Vorbereitungen zur Einführung des Einklopaletes im Gange, und man erwägt die Maßnahmen, die notwendig wären, wenn das Einklopalet etwa in der Form des Postpakets eingeführt würde, das allerdings nur 1/2 kilo Gewicht hätte. Eine solche Form müßte der Verkehrsverweigerung, als wenn das Einklopalet ein wirkliches Paket hätte, von den übrigen Postpaketen also nur durch eine geringere Taxe unterschiede. Wird es aber als Päckchen behandelt und wie eine größere Drucksache oder Warenprobe

herige Verkehrsbeirat der Reichspostverwaltung, der bekanntlich aus Vertretern aller Berufsstände besteht. Infolge der Verkehrsperre mußten diese Beratungen wieder um Wochen hinausgeschoben werden. Trotzdem hält die Postverwaltung an dem Plane fest die Sache bis zu dem von der Nationalversammlung gewünschten Zeitpunkt spruchreif zu machen.

Vermischte Nachrichten.

*** Dr. Frank's Heldentod.** Durch den aus dem Gefangenenlager bei Vaccarat entwichenen Landwirt Karl Strüdt von Brombach bei Vörrach erzählt man nähere Einzelheiten über Dr. Frank's Tod. Frank, der sozialistische Abgeordnete und Freiwillige, war bei der 1. Kompanie der 110er und Nebenmann Strüdt's. Es handelte sich darum, den Franzosen so weit als möglich von der Grenze hinwegzudrängen. Am 8. September begann um 9 Uhr das Geschütz. Die Kompanie ging in freiem Gelände in Schützenlinien sprunghaft vor. Man war eben an einer Waldspitze angelangt, als die Angreifer von Franzosen herab mit einem Angeregten überschüttet wurden, daß sie noch etwa 100 Meter vorgehen wollten, um Deckung zu erhalten. Dr. Frank lag zwischen Strüdt und Oberleutnant Gröbe. Als letzterer rief: „Dr. Frank, wollen wir noch einen Sprung machen?“ erwiderte Strüdt: „Herr Oberleutnant, Dr. Frank ist tot.“ Ein Blick seitwärts hatte genügt, um zu sehen, wie Dr. Frank den Kopf auf die Erde sinken ließ. Er hatte das Gewehr noch im Anschlag. Strüdt ging, nachdem das Regiment in Sicherheit mit einer Patrouille vor und brachte Dr. Frank's Papiere und sonstige Wertgegenstände mit. Noch siebenmal wagte es der mutige Mann, mit einer Patrouille hinauszugehen, um auch die Leiche Frank's zu bergen — es mißlang. 14 Mann von den Patrouillen kamen nicht wieder. Die Franzosen beerdigten Frank auf der Straße wo er fiel. Später wurde Frank auf dem Friedhof zu Vaccarat gebettet.

Aus Provinz und Nachbargebieten

! Oberlahnkreis, 19. Nov. Die Stadtverordneten wählten in ihrer letzten Sitzung die Beigeordneten und Magistratsräte sowie die Mitglieder der Vorschlagskommission. Das Schulgeld am Gymnasium wurde auf 220 für die Oberklassen, 200 für die anderen Klassen, an der höheren Mädchenschule auf 22 M für die Oberstufe und 72 M für die anderen Stufen erhöht. Auswärtige haben am Gymnasium 30 M, an der Mädchenschule 20 M Zuschlag zu zahlen. Ferner wurde die Aufnahme einer Anleihe von 600 000 M zu 4 1/2 % ohne Lastenbeitrag bei der Nassauischen Sparkasse beschlossen. Davon sollen 50 000 M dazu verwendet werden, der Bevölkerung die aus der Requisition der Beiten entstandenen Unkosten zu erlösen. Ueber eine Eingabe der Ortsgruppe der Kriegsgeschädigten, zu der noch verschiedene Gesuche eingegangen waren, ging die Versammlung ohne Debatte zur Tagesordnung über. Die Gebühren für den Friedhofsgärtner wurden erhöht. Eine Anzahl weiterer Sachen mußte wegen der vorgerückten Zeit vertagt werden.

! Wiesbaden, 23. Nov. Geheimrat Dr. Albert, der langjährige Vorsitzende der Ortsgruppe Wiesbaden der Deutschen demokratischen Partei, ist in der letzten Hauptversammlung einstimmig zum Ehrenvorsitzenden erwählt worden.

! Bad Nauheim, 20. Nov. Ein schwerer Streit der sich in unangenehmer Weise zuspitzt, ist zwischen der Stadtverwaltung und den hiesigen Messern ausgebrochen. Auf Grund der Reichsverordnung vom September dieses Jahres verlangte die Bürgermeisterei die Herabgabe der Viehhäute von den Messern. Diese Häute will die Stadt selbst geben lassen, um der Bevölkerung Schutz zu angemessenen Preisen zu sichern. Die Messer erklären einstimmig, daß, wenn die Stadt die Häute haben wolle, sie auch das Fleisch übernehmen müsse. Da keine der Parteien nachgeben wollte, sah sich die Bürgermeisterei gezwungen, das Fleisch bei sämtlichen Messern zusammenzuholen zu lassen und will es nun selbst zur Verteilung bringen.

! Frankfurt, 17. Nov. Das seit 42 Jahren bestehende Frankfurter Kunstgewerbe-Museum, eines der ersten Art Deutschlands, wurde seit Gründung durch private Mittel und geringe städtische Zuschüsse unterhalten. Diese Zuwendungen reichen jedoch nicht mehr zum Unterhalt des Museums aus. Es besteht die Gefahr, falls nicht sofortige Hilfe einsetzt oder die Verstaatlichung eingeleitet wird, daß dieses kostbare Kulturgut Frankfurts aus Mangel an Betriebsmitteln in Gefahr zu geraten.

! Frankfurt, a. M., 19. Nov. Der außerordentliche Professor Dr. Max Ernst Meyer wird, wie die Frankf. Universitätszeitung meldet, demnächst zum ordentlichen Professor an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt ernannt werden. Das Kuratorium der Universität hat die zur Umwandlung des Extraordinariats in ein Ordinariat erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt und so den rechtlichen Professor für Kriminalistik für die Universität erhalten. Der seinerzeit an ihn ergangene Ruf an die Universität Wien ist damit hinfällig.

Aus dem Unterlahnkreis.

! Der Kreislehrerverband hält seine Versammlung am Samstag, den 22. November, nachmittags 2.30 Uhr im „Hof von Holland“ zu Diez ab. Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Statuten, die Vorstandswahl und eine Aussprache über die Bezirksversammlung.

! Die gestrige Stadtverordnetenversammlung, die mit so ungeheurer Spannung erwartet wurde, nahm dank der umsichtigen Leitung des Stadtv.-B. S.-M. Stenmler einen durchaus ruhigen Verlauf. Die von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anträge über Holz-, Kohlen- und Lebensmittelausgaben wurden Kommissionen zur weiteren Erledigung überwiesen, der Antrag betr. Kartoffelausgabe als durch die Tatsachen überholt für erledigt erklärt. Die öffentliche Sitzung dauerte bis 9 Uhr, ihr folgte noch eine kurze geheime. Ein ausführlicher Bericht folgt morgen.

Aus Bad Ems und Umgegend.

! Das Schmelzwasser geht, so weit sich bisher übersehen läßt, glatt ab. Der Boden war allerdings ziemlich ausgefroren und nicht hart gefroren, so daß er viel von dem Wasser aufnehmen konnte. Die Bäche haben ihre ausgetrockneten Rinnen wieder voll und führen der Lahn reichlich Wasser zu. Meer Hochwassergefahr scheint nach den bisher vorliegenden Meldungen nicht gegeben zu sein.

! Das Fest auf der Jungfernhöhe, das für den 23. ds. Mts. geplant war, muß auf Ende dieses oder Anfang nächsten Monats verschoben werden. Es wird uns dazu noch geschrieben: Das Fest „Unter Abend“ mit Bier- und Wein-Verkostung, Gesangs- und Tanzvorstellungen und anschließendem Festball wird aller Aussicht nach sehr interessant werden, die Besucher werden in dieser Zeit einen köstlichen und genussreichen Abend erleben und sich gut amüsieren. Näheres erzählt man Ende dieses Monats in dieser

Aus Diez und Umgegend.

! Eisenbahn Die bereits bis einschl. Freitag, den 21. ds. Mts. angeordnete Verkehrseinschränkungen an Wochentagen bleiben im besetzten Gebiet mit Genehmigung der interalliierten Kommission in Trier bis auf weiteres bestehen: Ab Sonnabend den 22. ds. Mts. verkehren aber dann noch weiterhin Personenzug 414 Limburg-Coblenz, Diez an 8.31, ab 8.51 nachm. und Personenzug 405 Coblenz-Limburg, Diez an 9.12, ab 9.22 nachm. Allgemeine Anordnungen wegen beschränkter Berausgabe von Fahrkarten bleiben ebenfalls weiterhin bestehen.

! Baugenossenschaftliches In der auf Mittwoch Abend, den 12. ds. Mts. in das Lokal von Georg Meier am Markt, berufenen öffentlichen Versammlung ist die Gründung einer Baugenossenschaft beschlossen worden. Damit ist eine Einrichtung ins Leben gerufen, die sich zweckmäßig in die allerorten bestehenden Organisationen einreihen, deren Bestreben es ist, Siedelungen zu schaffen, einheitliche Gebäude von Wohnstätten, die sich wirksam und freundlich an die sie umgebende Landschaft und vorhandenen Städtebilder anschließen sollen. Wer in dieser Gründungsversammlung mit Interesse den trefflichen Ausführungen des den Vorsitz leitenden Herrn Bürgermeisters Scheuern gefolgt ist, wird aus ihnen den Grundton heraus vernommen haben, daß mit dem geplanten Unternehmen eine zwingende Forderung unserer Zeit erfüllt werden muß, die vielen fast unerfüllbar scheinen, die aber ermöglicht ist durch die erheblichen Uebertenerungszuschüsse, die von dem Reich, Staat, und den Gemeinden zu leisten sind. Es kann deshalb heute hier die erfreuliche Nachricht bekannt gegeben werden, daß seitens der maßgebenden Regierungsstelle die Baukostenübertenerungszuschüsse zunächst für 4 Kleinwohnhäuser auf dem Wirth (3 Einfamilienhäuser und ein Familienhaus) im Betrag von 39 000 Mark Zuschuß des Reiches und 19 500 Mark Zuschuß des preuß. Staates bewilligt sind und die bezüglichen Feststellungsbescheide in aller nächster Zeit hier eintreffen werden. Damit ist hier ein Anfang gemacht, hoffen wir, daß sich die Baugenossenschaft so entwickelt, wie es der Bedeutung des Unternehmens entspricht. Bis zur Wahl des Vorstandes und Aufsichtsrates werden Einzelzeichnungen von Mitgliedern auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 5 bei Herrn Karl Zmig entgegengenommen. Die Anteile betragen je 100 Mark und kann bis zu 100 Anteilen gezeichnet werden.

I. Nr. 7537. Diez, den 16. November 1919.

An die Herren Bürgermeister der besetzten Landgemeinden des Unterlahnkreises
Sie wollen mir zum 25. ds. Mts. die Namen der Vorsteher der Gemeindebauernschaften mitteilen. Wo solche noch nicht bestehen, ist Bezeichnung erforderlich.
Der Landrat,
J. B.:
Scheuern.

Einladung.

Sämtliche Vorstands- und Vertrauensmänner des christlichen Metallarbeiter-Verbandes werden gebeten, am Samstag abend 7 1/2 Uhr, im Lokale Max Marschang, Marktstraße, Ems, zu erscheinen.
Der Vorsitzende: Ernst Brand.

Bad Ems!

Samstag, den 22. u. Montag, den 24. Nov. 1919

Grosse
Karrussel-Belustigung
mit Motor-Betrieb.
auf dem Fronhof.

Cognac-Verschnitt 38/40%

p. Fl. ca. 1/4 Ltr. M. 25, einschl. Glas p. Ltr. M. 30.

Cognac-Weinbrand 38/40%

p. Fl. ca. 1/4 Ltr. M. 29, einschl. Glas p. Ltr. M. 35.
Versand gegen Vorauszahlung oder Nachnahme in Kisten zu 12, 25 und 50 Flaschen. Literweise nur in Gebinden des Bestellers. [522]

Weinhandlung Eysenck,
Niederlahnstein a. Rhein.

Schuhwaren!

Trotz der ungeheuren Preissteigerung verkaufe ich infolge frühzeitigen Einkaufs weiterhin preiswert:

Herrentiefel von Mk. 78,50 an,
Damenstiefel von Mk. 48,50 an,
Damenhalbschuhe v. Mk. 35,25 an,
Kinderstiefel 31/35 v. Mk. 38,75 an,
Kinderstiefel 27/30 v. Mk. 33,50 an.

Prima Rindlederschuhe und Winterpantoffeln
— in allen Größen vorrätig. —

Salomon Goldschmidt,
Singhofen.

Bekanntmachungen der Stadt Diez.

Lebensmittelstelle für den Stadtbezirk Diez.

Samstag, den 22. November 1919:

Ausgabe von Weiskrantz-Bezugscheine sind von vormittags 8-12 Uhr auf dem Lebensmittelamt einzulösen.

Öffentliche Mahnung zur Zahlung fälliger Steuern

Alle Steuerpflichtigen, die mit der Zahlung der bis zum 15. November d. J. fällig gewordenen Steuern und Abgaben noch rückständig sind, fordern wird hierdurch auf, den Rückstand bis zum 27. November d. J. einzuzahlen.

Nach Ablauf dieser Frist beginnt die kostenpflichtige Zwangsbeitreibung durch den Vollziehungsbeamten.

Diez, den 20. November 1919.

Die Stadtasse.

Bekanntmachung.

Die Sprechstunden des Kontrollamtes Oberlahnstein in Diez finden nicht, wie schon gemeldet, am Freitag, den 21. d. Mts. statt, sondern am Samstag, den 22. November 1919 von 8,30 bis 10,30 vormittags in der Gastwirtschaft von Jakob Diehl.

Diez, den 18. November 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Gewerbetreiberverein Diez.

Donnerstag, den 27. November, abends 7 1/2 Uhr (u. 3.)

Generalversammlung

bei Nagheimer.

- 1. Bericht über die derzeitige Vereinslage.
- 2. Besprechung der weiteren Vereinstätigkeit.
- 3. Neuwahl des Vorstandes.

Alle Mitglieder und Freunde des Vereins werden gebeten zu erscheinen.

Der stellv. Vorsitzende
H. Mensch.

Biete als äusserst vorteilhaft an:

amerikanischen

Cacao,

garantiert rein

per Pfund Mk. 12.50.

Drogerie Berninger, Diez.



Bringe meine geschmackvolle

Kranz-Bouquetbinderei

in empfehlende Erinnerung. Ferner offeriere blühende Winterastern, Stiefmütterchen u. Masliebchen sowie Nelken, Goldlack, Vergissmeinnicht u. s. w.

Gärtnerei E. Hohlwein, Diez.

Telefon Nr. 304.



4 bis 6 Holzhaner gesucht

zähle 30 Mark für 1 Rafter Hauerlohn.

Wilhelm Krtt, Bad Ems, Sägewerk

Besser als Worte
überzeugt der Vergleich. Schlagend beweist er die Überlegenheit von Schuhputz

Erdal
schwarz, gelb, braun, rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Merz, Mainz

Zwei Herren,

die an einem jetzt beginnenden Tanzkursus teilnehmen möchten, bitten um Nachricht an die Geschäftsstelle der Emsler Zeitung n. D. 258 [277]

L. J. Kirchberger Bankgeschäft

Bad Ems

Nassauer Hof

Zeichnungen

auf die

Deutsche Spar-Prämienanleihe von 1919

werden entgegen genommen

L. J. Kirchberger Bankgeschäft

L. J. Kirchberger, Bankgeschäft

Bad Ems

Nassauer Hof

In Ausführung des Gesetzes vom 24. Oktober 1919 nehme ich Wertpapiere in Verwahrung und Verwaltung

L. J. Kirchberger, Bankgeschäft.

Bekanntmachung.

Nach der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919 dürfen Zins- oder Gewinnanteilscheine, sowie ausgeloste, gekündigte oder zur Rückzahlung fällige Stücke von inländischen Wertpapieren vom 1. Dezember 1919 ab bei den Banken nur noch gegen Vorlage der vorgeschriebenen Bescheinigung über die bei der Steuerbehörde erfolgte Anmeldung der dazu gehörigen Stücke eingelöst werden.

Ohne diese steuerbehördliche Anmeldung darf eine Einlösung nur erfolgen, wenn die Wertpapiere bei einer Bank zur Verwahrung und Verwaltung hinterlegt sind.

Es empfiehlt sich daher für die Wertpapierbesitzer, ihre Wertpapiere bei uns zu hinterlegen.

Die Einreichung kann bei unserer Hauptkassette in Wiesbaden sowie bei sämtlichen Landesbankstellen erfolgen.

Wiesbaden, den 11. November 1919.

Direktion der Nassauischen Landesbank.

Preiswert und billig eingetroffen:

Ulster, Paletots, Herren-, Knaben- und Burschen-Anzüge.

Damen- und Kinder-Mäntel.

Kostüme :: Kleiderstoffe :: Kleiderzeuge Winterwäsche usw.

Billige Preise.

Gute Bedienung.

Kaufhaus Albert Isselbacher

Telefon No. 29 Isselbach (Amt Holzappel)

Verdingung von Erdarbeiten.

Für die Herstellung eines Lagerplatzes am Bahnhof Friedrichslegen sollen die Erdarbeiten vergeben werden. Es kommen ca. 14000 cbm. Erdmassen und ca. 1200 cbm. Mauerbruch in Betracht.

Interessenten erhalten nähere Aufklärung.

Emil Gaer, Eisengroßhandlung, Oberlahnstein, Telef. 23 u. 78.

Kinderloses Ehepaar sucht

sofort oder zum Frühjahr

3-5 Zimmerwohnung

möglichst mit Bad in besserem Hause in Ems. Angebote n. B. G. 200 an die Geschäftsstelle. 1588

Junges, kinderloses Ehepaar sucht

Wohnung

von 2-3 Zimmern u. Küche. Angebote unter B. 22 an die Geschäftsstelle. 1589

Briefmarkensammlung,

alle Marken auf Briefen usw. kauft Ph. Keller, Nassau a. Bahn. 1570

Magenkrank.

Mache allen gerne umsonst ein ganz vorzügliches Mittel gegen alle Magen- und Darmleiden namhaft.

Aug. Streichert, Wülfingerode (Eichsfeld)

Tätige

Weißengutäherin

sucht Hemden 1582

Näheres Geschäftsst. d. Bzg.

Erstes, zuverlässiges

Mädchen

für Küche und Hausarbeit in gutem Hause nach Ems gesucht für sofort oder 1. Dez. Gute Behandlung und guter Lohn. Zwei Mädchen vorzuziehen. In Verbindung mit Witwe Burkhard, Nachb. d. Ems. 1574

Lehrmädchen

aus achtbarer Familie bei sofortiger Vergütung für ein Buchgeschäft gesucht. Näheres in der Geschäftsst. d. Bzg.

Gebrauchte

Schuhmacher-

nähmaschine

zu verkaufen.

Frau Schumann Ww., Jachbach.

Unterhaltenes

Spinnrad

zu kaufen gesucht. Näh. Gesch. 1595

Stallung mit Schenke

zu verkaufen. 1596

Näheres Geschäftsstelle.

Auf Anruf Fernsprecher

(Amt Diez) Nr. 319 oder

Postkarte holt zu höchsten

Log. preisen ab:

Dachs-, Fuchs-, Mar-

der-, Iltis-, Hasen-,

Kaninchen-, Reh- und

Hirschkelle.

E. Schwarz, Diez

Enthüllungen !!

Aber

Glück, Liebe,

Verlobung und Ehe!

Ich mache Aufklärung gegen

Einwendung von R. 1 in

Briefmarken.

Peter Schneider, Institut für

Astrologie, Düsseldorf.

Postfach 80. 1578

Erdenliches, zuverlässiges

Mädchen,

welches gut lösen kann und alle

Haararbeiten gründlich verrichtet,

bei hohem Lohn und guter Be-

handlung per 1. Januar nach

Kaiserwerth bei Düsseldorf

gesucht. 1586

Frau S. Rosenheim, Bad Ems, Römstr. 48.

Echte Rieder
Rohebbüding
empfiehlt
Albert Kauth, Diez

Offerierte
Rosenkohl, Schwarzwurzel, Bistling, Grünling, weiße und rote Rüben, Bamberger Wurzel, alles frisch eingetroffen.
Heinrich Umfong, Diez
Telefon 2

Neues Sauerkraut
Riesen-Erbsen
Linsen

empfiehlt
Wilhelm Linkenbach
Bad Ems.

Frisch gemästete
Stockfische
ist eingetroffen bei
Albert Kauth, Diez

Prima holl. Bod. Heringe
sowie Marinierte Heringe
Prima reifer Maifisch
Heinrich Umfong, Diez
Telefon 2.

Zum Totenkost
Waldfränze u. Zwiebeln
re der Auswahl empfiehlt
H. Kühnle, Diez.

Zum Totenkost
Waldfränze u. Zwiebeln
re der Auswahl empfiehlt
H. Kühnle, Diez.

R. Witzsch, Diez
Ein Paar getragene
Reittiefel
zu verkaufen.
Goebel, Badstr. 1 Diez

Schöner
Doberman
zu verkaufen.
Griffith, Hof Walberg bei Diez

Rechtliche
Bad Ems
Kaufhaus
Sonntag 23. Nov. 11. 1581

Borm. 1/10 Uhr: 1582
Sommer

(Rückzahlung des Kassenbuchs
Für Anschlag an den Kassendirektor
ausbedienten Christen
für firmierten Mädchen
Jahrgänge 1919, 1920
Kasser Wilhelm
Borm. 1/10 Uhr: 1583

Text: Luc. 7, 11-13
Lieder: 167, 161 B. 9
Pfarrkirche
Nachm. 1 1/2 Uhr: 1584
Sommer

Amtswoche: Dr. H. H.
Dienstags
Sonntag 23. Nov. 11. 1585
Borm. 10 Uhr: 1586
Danach: Abendgottesdienst

Diez
Kaufhaus
Sonntag 23. Nov. 11. 1587
Lieder:
(Neue Zeit)

Nachm. 5 Uhr: Dr. H. H.
(Die Or. übende
Rückzahlung des Kassenbuchs
Nachm. 5 Uhr: Dr. H. H.
Bereitigung und Feier
Abendmahl

Kirchenmusik
nischen
Amtswoche: Dr. H. H.
Dienstags
Freitag abend 8. 1588
Samstag morgen 9. 1589
Samstag nachm. 9. 1590
Samstag abend 10. 1591